

Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion vom 04.09.2015

Flüchtlingspolitik: Geschlossen und entschlossen handeln!

1. Gesamtstaatliche Aufgabe, die Deutschland fordert, nicht überfordert

Weltweit ist die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung aus ihrer Heimat flüchten, auf über 60 Millionen gestiegen. Auch in Deutschland suchen immer mehr Flüchtlinge Schutz. Es ist unsere humanitäre Pflicht, diese Schutzsuchenden menschenwürdig aufzunehmen.

Jeder Anschlag auf Asylsuchende, Flüchtlingsunterkünfte oder Menschen, die Flüchtlingen helfen, ist ein Angriff auf unsere freiheitliche Grundordnung und muss mit allen Mitteln des Rechtsstaates verfolgt werden.

Die Zahl von Flüchtlingen wird auf absehbare Zeit hoch bleiben. Deutschland steht damit vor einer enormen Herausforderung. Wir sind überzeugt: Unser Land kann diesen nationalen Kraftakt schaffen, wenn Bund, Länder, Kommunen und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass alle staatlichen Ebenen in unserem Land nun entschlossen handeln, um diese Aufgabe zu stemmen.

Die menschenwürdige Versorgung von Schutzsuchenden steht an erster Stelle. Diejenigen, die eine Bleibeperspektive in unserem Land haben, müssen wir helfen, sich rasch in Gesellschaft und Arbeitsleben zu integrieren. Der Bund muss seine Zusage, die Länder und Kommunen hierbei stärker zu unterstützen, nun schnell in die Tat umsetzen.

Deutschland muss auch künftig in der Lage sein, Flüchtlinge aufzunehmen. Deshalb müssen wir einen sinnvollen Umgang mit Asylsuchenden finden, die keine Bleibeperspektive haben. Diese Menschen sollten nicht unter falschen Hoffnungen ihre Heimat verlassen. Hier brauchen wir schnelle, wirksame Lösungen statt populistischer Parolen und des Schürens von Ressentiments.

Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich freiwillig für die bei uns Schutz suchenden Menschen. Sie kümmern sich, packen an, hören zu, nehmen Anteil und sorgen damit vor Ort für ein Klima des Willkommens. Diese Hilfsbereitschaft muss anerkannt und unterstützt werden.

Deutschland ist ein starkes und mitfühlendes Land. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden mit ganzem Einsatz daran arbeiten, dass dies so bleibt. Es ist wichtig, offen die Anstrengungen zu benennen, die die Aufnahme und Integration einer großen Zahl von Flüchtlingen bedeutet. Wir fordern ein umfassendes Handlungspaket, um die aktuelle Lage in den Griff zu kriegen und gleichzeitig die integrative Kraft unserer Gesellschaft zu stärken.

→ Umgehend mehr Kapazitäten für Erstaufnahme schaffen

Wir brauchen dringend ein Sofortprogramm für mehr Erstunterkünfte. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Land mit unserer Wirtschaftskraft Flüchtlinge in Zeltunterkünften unterbringt. Der Ausbau von Erstaufnahmeeinrichtungen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe bei der der Bund die Länder und Kommunen stärker unterstützen muss. Von den zusätzlich 100.000 benötigten Plätzen sollte der Bund 50.000 Plätze selbst bereitstellen. Der Bund sollte die von der BIMA angebotenen Liegenschaften, wo erforderlich, auf eigene Kosten für Unterkünfte ertüchtigen. Bundesimmobilien sind mietzinsfrei zur Verfügung zu stellen. Noch bestehende baurechtliche Hürden bei der Einrichtung von Unterkünften sind zu beseitigen und Spielräume beim öffentlichen Vergaberecht zu nutzen.

→ Verfahren beschleunigen

Auch im Sinne der Betroffenen müssen Anträge auf Asyl schnell bearbeitet und entschieden werden. Die durchschnittliche Verfahrensdauer hat sich in den vergangenen Monaten trotz steigender Antragstellerzahlen reduziert, liegt jedoch noch deutlich über der im Koalitionsvertrag anvisierten Zielmarke von drei Monaten.

Der Bund hat die Stellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) allein in diesem und nächstem Jahr um insgesamt 2.000 Stellen erhöht. Hier ist eine weitere Aufstockung erforderlich. Außerdem müssen die neuen Stellen weiterhin rasch mit qualifiziertem Personal besetzt werden. Wir fordern, hierfür im rechtlich möglichen Rahmen auch unkonventionelle Maßnahmen zur Personalrekrutierung zu nutzen.

Eine ausreichende personelle Ausstattung des BAMF ist auch künftig zu sichern. Von den Ländern erwarten wir, dass sie ihrerseits für ausreichend Personal in Behörden und Verwaltungsgerichten Sorge tragen.

Um die Verfahren zu beschleunigen, werden bereits heute Asylanträge mit geringer Aussicht auf Anerkennung, wie z. B. aus den West-Balkan-Staaten, prioritär bearbeitet. Das hat die Zugangszahlen aus dem Kosovo innerhalb eines Quartals um 87 Prozent gesenkt. Weitere vorhandene Spielräume im Verwaltungshandeln zur Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung müssen ausgeschöpft werden. Bund und Länder haben im Juni 2015 vereinbart, gemeinsam zu prüfen, ob die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten als Bestandteil eines Maßnahmenpakets zur Verfahrensbeschleunigung beitragen kann.

Wir unterstützen zudem die Verstärkung personeller Kapazitäten in ausgewählten Botschaften, um die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern zu verbessern. Den Verheißungen der organisierten Schleuserkriminalität und den Gerüchten, insbesondere in den sozialen Netzwerken, muss durch Aufklärung ein objektives Bild der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Chancen in Deutschland entgegen gesetzt werden.

→ Länder und Kommunen dauerhaft und substanziell unterstützen

Städte, Gemeinden und Landkreise sind durch Aufnahme, Unterkunft und Versorgung der Flüchtlinge enorm beansprucht. Der Bund hat 2015 seine Unterstützung für betroffene Kommunen deshalb auf eine Milliarde Euro verdoppelt. Wir fordern, dass der Bund seine Zusage rasch umsetzt und Länder und Kommunen ab 2016 strukturell und dauerhaft unterstützt. Bund und Länder haben hierzu eine Arbeitsgruppe eingesetzt, von der wir noch im September Ergebnisse erwarten. Ange-sichts der prognostizierten Flüchtlingszahlen fordert die SPD-Bundestagsfraktion für eine weitere deutliche Anhebung der Bundesmittel, die den erhöhten Bedarf angemessen widerspiegelt.

→ Frühe Integration und Spracherwerb fördern

Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Sie ist entscheidende Voraussetzung dafür, um am Arbeitsmarkt und gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Asylbewerber und Geduldete, die voraussichtlich längere Zeit in Deutschland bleiben, müssen daher rasch Zugang zu Sprachförderung erhalten. Ange-sichts der erwarteten Flüchtlingszahlen fordern wir eine Aufstockung der Bundesmittel für Programme und Einrichtungen, die die Sprachkompetenz von Kindern und Erwachsenen för-

dern sowie eine Anpassung der Mittel für Integrationskurse und berufsbezogene Deutschförderung. Dazu gehören auch ordentliche Beschäftigungsverhältnisse für Lehrkräfte und eine angemessene Bezahlung. Wir fordern zudem eine Verdopplung der Mittel für das Kita-Sprachprogramm, um eine erfolgreiche Integration von Kindern zu erreichen.

→ **Eingliederung in den Arbeitsmarkt vorantreiben**

Zwei Drittel der Asylsuchenden und Geduldeten sind im erwerbsfähigen Alter. Ihre Fähigkeiten und Talente dürfen nicht brachliegen, denn sie sind eine Bereicherung für unser Land. Wir müssen Flüchtlingen die Chance geben, bald nach ihrer Ankunft Arbeit zu finden, damit sie sich und ihre Familien eigenständig versorgen können.

Die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive erfordert perspektivisch erhebliche arbeitsmarktpolitische Anstrengungen. Eine angemessene finanzielle Ausstattung der Jobcenter ist daher unabdingbar.

Wir haben bereits Hürden abgebaut, die einem zügigen Arbeitsmarktzugang von Asylsuchenden und Geduldeten im Wege stehen: Die Wartefrist zur Aufnahme einer Beschäftigung am regulären Arbeitsmarkt wurde auf drei Monate verkürzt. Die sog. Vorrangprüfung gilt nur noch für 15 Monate. Bei Fachkräften in „Mangelberufen“ entfällt sie gänzlich. Eine Berufsausbildung kann nun ausdrücklich Duldungsgrund sein. Wir fordern, für die Dauer der Ausbildung, die bisher lediglich jährlich verlängerbare Duldung durch eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis zu ersetzen, um auch ausbildenden Betrieben mehr Rechtssicherheit zu geben, und ggf. eine Übergangsfrist zur Jobsuche zu schaffen. Wer eine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat, muss ein unbefristetes Aufenthaltsrecht bekommen. Darüber hinaus wollen wir abgelehnten qualifizierten Asylsuchenden unter bestimmten Voraussetzungen eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeit ermöglichen.

→ **Einwanderungsgesetz auf den Weg bringen**

Auch mit Blick auf die Einwanderung aus den West-Balkan-Staaten gilt: Wo Menschen aus wirtschaftlichen Gründen kommen möchten, müssen wir weitere Perspektiven für qualifizierte Arbeitsmigration eröffnen, um das Asylsystem zu entlasten. Wir wollen Möglichkeiten der legalen Migration aus dem West-Balkan schaffen.

Für uns ist klar: Das Asylrecht ist das falsche Verfahren, um die notwendige Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte in unser Land zu steuern. Dafür bedarf es eines transparenten und modernen Einwanderungsgesetzes. Wir fordern unseren Koalitionspartner auf, mit uns noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen.

→ **Freiwilliges Engagement stärker unterstützen**

Zahlreiche Menschen engagieren sich freiwillig bei der Aufnahme von Menschen in Not. Dieses bürgerschaftliche Engagement wollen wir stärken und ermutigen. Wir unterstützen daher die Einrichtung einer bundesweiten Koordinierungsstelle in Form einer Bundesstiftung und befürworten die Einrichtung von mindestens 5.000 zusätzlichen Stellen beim Bundesfreiwilligendienst.

→ **Belange weiblicher Flüchtlinge berücksichtigen**

Sehr viel allein reisende weibliche Flüchtlinge haben auf ihrer Flucht und/oder in ihrem Herkunftsland sexuelle Gewalt erlitten. Dies erfordert eine geschützte Unterbringung und eine psychosoziale Betreuung von Frauen in Sammelunterkünften oder den Erstaufnahmeeinrichtungen aber auch in den Kommunen. Deshalb müssen Initiativen unterstützt werden, die traumatisierten Flüchtlingen

bei der Bewältigung ihrer schrecklichen Erlebnisse helfen. Dies gilt insbesondere auch für geflüchtete Frauen mit sexueller Gewalterfahrung. Auch Schwangere und Mütter nach der Entbindung brauchen besondere Unterstützung und Schutz.

→ **Junge Flüchtlinge und Asylsuchende besser betreuen**

Unbegleitete Minderjährige auf der Flucht brauchen in besonderem Maße Schutz und Zuwendung. Der Bund steht in der Pflicht, sich bei dieser Aufgabe noch stärker zu engagieren und die Kommunen hierbei zu entlasten. Zusätzlich könnte der Bund mit zielgerichteten Investitionen in zusätzliche Plätze bei Kindertagesbetreuung und in Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge helfen.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt zudem den Gesetzentwurf von Manuela Schwesig, die Unterkunft und Betreuung unbegleiteter junger Flüchtlinge bundesweit zu koordinieren. Das Bundesprogramm „Willkommen bei Freunden“ schafft zudem vor Ort ein gutes Servicenetzwerk für junge Flüchtlinge, um deren gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.

→ **Gesundheitsversorgung verbessern**

Die Gesundheitsversorgung ist ebenfalls dringend zu verbessern. Die Erstuntersuchung muss sofort und umfassend erfolgen. Insbesondere muss angestrebt werden, die psychosozialen Angebote auszuweiten.

Wir unterstützen die Länder bei der Einführung der Gesundheitskarte und fordern die Gesundheitsversorgung in der Erstaufnahme durch den Bund.

→ **Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bekämpfen**

Mit Abscheu erleben wir mancherorts in Deutschland aufkeimende Fremdenfeindlichkeit und Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Verfolgte. Um dagegen vorzugehen ist eine Doppelstrategie notwendig. Zum einen gilt es über das derzeitige lobenswerte Engagement von Bürgerinnen und Bürgern hinaus für die Akzeptanz der Aufnahme von Flüchtlingen zu werben. Dafür müssen Bund, Länder und Kommunen Flüchtlingshelfer unterstützen und Initiativen stärken, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit zur Wehr setzen. Gegen rechten Terror müssen unsere Sicherheitsbehörden und unsere Justiz im Rahmen unserer rechtsstaatlichen Verantwortung mit aller Härte vorgehen. Rechtsfreie Räume darf es nicht geben.

Wir wollen die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus stärken und unterstützen unter anderem mobile Beratungsnetzwerke und -teams ausweiten. Die Mittel für das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ müssen aufgestockt werden.“

2. Europa muss solidarisch handeln

Die Zahl der Menschen, die nach Europa fliehen, wird auf absehbare Zeit nicht abnehmen. Der künftige Zusammenhalt der Europäischen Union wird davon abhängen, ob seine Mitgliedstaaten einen Weg finden, diese Bewährungsprobe gemeinsamen zu bestehen. Menschlichkeit und Solidarität müssen hierbei die bestimmenden Leitwerte bleiben, sowohl im Umgang mit Schutzsuchenden als auch in der Unterstützung der Mitgliedstaaten untereinander.

Wir müssen legale Wege der Arbeitsmigration nach Europa weiter ausbauen. Und wir müssen gleichzeitig die Anstrengungen intensivieren, wirtschaftliche und soziale Perspektiven, besonders für junge Menschen, in den Herkunftsländern zu fördern.

Die Beschlüsse des Europäischen Rates vom April und Juni 2015 sind nur erste Schritte zur umfassenden Lösung eines Problems, bei dem die EU ihre Handlungsfähigkeit beweisen muss. Es kann nicht sein, dass einige Mitgliedstaaten sich ihrer Verantwortung entziehen. Es kann genauso wenig sein, dass Staaten der ersten Einreise mit dem Problem alleine gelassen werden. Die Europäische Union kann nur als Solidargemeinschaft gelingen. Dies gilt besonders auch in der Flüchtlingspolitik.

→ Verantwortung für Flüchtlinge und Asylsuchende fair teilen

Wir begrüßen, dass die Europäische Kommission eine Überprüfung der Dublin-Verordnung angekündigt und eine Umverteilung von 40.000 Asylsuchenden angestoßen hat. Hieran müssen sich alle Mitgliedstaaten beteiligen. Das Prinzip der Zuständigkeit alleine des Staates der ersten Einreise ist durch eine solidarische Teilung der Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten zu ersetzen. Wir müssen diskutieren, wie eine faire, nachvollziehbare Quote bei der Aufnahme von Flüchtlingen umgesetzt werden kann. In der Übergangszeit müssen besonders betroffene Mitgliedstaaten entlastet werden. Daneben benötigen wir ein verstetigtes EU-Resettlement-Programm, also die quotierte Aufnahme besonders Schutzbedürftiger aus dem Ausland, unter verbindlicher Beteiligung aller Mitgliedstaaten und möglichst ohne Anrechnung der Plätze aus nationalen Programmen.

→ Menschenleben retten, Schleuserkriminalität bekämpfen

Unerträglich viele Menschen sterben bei der lebensgefährlichen Fahrt über das Mittelmeer oder bei der Flucht über Staaten Osteuropas. Wir müssen kriminellen Schleppern auf allen Fluchtrouten nach Europa das Handwerk legen. Die Verdreifachung der Mittel für die Operationen im Mittelmeer Triton und Poseidon war ein erster Schritt. Künftige Operationen müssen mindestens in dieser Höhe ausgestattet sein. Dabei müssen alle Mitgliedstaaten einen finanziellen Beitrag leisten sowie sich mit Ausrüstung und/oder Personal beteiligen. Um Menschenleben zu retten, ist das Frontex-Mandat auf See-notrettung auszuweiten.

→ Bestehendes EU-Recht tatsächlich umsetzen

Die EU hat das gemeinsame europäische Flüchtlingsrecht von 1999 bis 2013 umfassend vereinheitlicht. Für Unterbringung, Verfahren und Anerkennungsbedingungen gelten gemeinsame Regelungen. Doch sie werden in vielen Mitgliedstaaten nicht umgesetzt. Das muss sich ändern.

→ Bleibeperspektive für die Menschen auf dem West-Balkan

Wir müssen dem EU-Beitrittsprozess mit den Ländern des West-Balkans eine neue Dynamik und größere Verbindlichkeit geben. Mit Blick auf die Flüchtlingsproblematik muss dieser Prozess genutzt werden, um insbesondere den Roma in den Ländern des West-Balkans eine Bleibeperspektive (Integration in Bildung, Arbeit, soziale Sicherung) zu eröffnen. Die Bleibeperspektiven müssen auch durch Investitionen in den Ländern des West-Balkans gefördert werden. Zudem liegt es in unserem eigenen Interesse, die Länder des West-Balkans bei der Unterbringung von außereuropäischen Flüchtlingen zu unterstützen.

→ **Fluchtursachen langfristig bekämpfen**

Europa braucht einen neuen Anlauf in der Bekämpfung der Fluchtursachen. Deutschland sollte mit neuen außen- und sicherheitspolitischen Initiativen dabei voran gehen.

Die Menschen benötigen in ihrer Heimatregion eine Zukunftsperspektive. Kriegerische Auseinandersetzungen, Naturkatastrophen und Klimawandel und extreme Armut machen diese oft zunichte. Rasche humanitäre Hilfe, Krisenbewältigung, Stabilisierung, schnelle Aufbauhilfe und längerfristig angelegte Entwicklungszusammenarbeit können wesentlich dazu beitragen, dass sich die Lage der Menschen in ihrer Heimat bessert und Fluchtursachen vorgebeugt wird. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich in dieser Legislaturperiode erfolgreich für die Rückkehr von einer nur reaktiven zur einer vorausschauenden Hilfe eingesetzt.

→ **Hilfe vor Ort ausreichend organisieren und finanzieren**

Für viele Menschen bleibt dennoch nur die Flucht. Wer – wie Millionen im Nahen Osten – in einem Flüchtlingslager Zuflucht findet, ist existenziell auf humanitäre Hilfe angewiesen. Flüchtlinge brauchen sauberes Wasser, Nahrung, Medikamente, ihre Kinder Bildungsmöglichkeiten. Ohne eine solche Basisversorgung erscheint der Weg nach Europa noch verlockender. Wir haben die Mittel für humanitäre Hilfe erheblich gesteigert. Angesichts von Anzahl und Ausmaß humanitärer Krisen in der Welt wird der Bedarf an humanitärer Hilfe weiter stark steigen: Zurzeit ist die humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge in den Nachbarländern Syriens nur zu einem Drittel finanziert. Deshalb müssen wir mehr finanzielle Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen und die Hauptaufnahmestaaten der Region (v.a. Libanon, Jordanien und die Türkei) sowie die Organisationen der Vereinten Nationen und des Roten Kreuzes bei ihrer Arbeit verstärkt unterstützen.